

Informationszentrum

Berlin, 4. 1. 1990

Einschätzungder Lage in den Bezirken am 3. 1. 1990

Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke und die Regierungsbeauftragten schätzen die Lage als stabil ein. Die allgemeine Sicherheit ist gewährleistet.

1. Der Plananlauf 1990 gestaltet sich im wesentlichen stabil. Aus dem Bezirk **Schwerin** wird z. B. darüber informiert, daß
 - in der Mehrzahl der Betriebe die Orientierungskennziffern für das 1. Quartal mit den Vorschlägen der Betriebskollektive übereinstimmt;
 - ein kontinuierlicher Übergang in das neue Planjahr auch in der Getränkeindustrie, der Milch- und Fleischwirtschaft erreicht wurde;
 - in einigen Betrieben aber fehlende Arbeitskräfte die Plandurchführung beeinträchtigen, z. B. VEB Elbwerft Boitzenburg, VEB Nähmaschinenwerk Wittenberge.

Des weiteren informiert der Regierungsbeauftragte über eine stabile Lage bei der Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedarf und im Transportwesen. Bei einer Reihe von Industriewaren ist eine bedarfsgerechte Bereitstellung nicht möglich.

2. Hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit der ehemaligen Bezirksämter für Nationale Sicherheit gibt es keine Veränderungen. Die Maßnahmen zur Entlassung der Mitarbeiter werden kontinuierlich weitergeführt. Bis 3. 1. 1990 wurden folgende Ergebnisse erreicht:

Gesamt	24 474
davon AfNS Berlin	7 576
Bezirksämter	13 758
Wachregiment	3 140

In den Zollorganen nehmen 1 900 ehemalige Mitarbeiter eine Tätigkeit auf.

Fortschritte wurden bei der Übergabe von Objekten und Einrichtungen des ehemaligen ANS erreicht. Mit Stand vom 3. 1. 1990 wurden insgesamt 311 Objekte übergeben (davon 192 Kreisämter, 69 Objekte ehemaliger Bezirksämter, 27 rückwärtige und 16 sonstige Dienstobjekte, 4 Gästehäuser, 2 Wohnheime, 1 Mehrzweckobjekt). Weitere 473 Objekte stehen zur Übergabe bereit. So wurde für die nächsten Tage die Übergabe der ehemaligen Bezirksämter **Dresden** und **Cottbus** an die Räte der Bezirke vorbereitet. In **Suhl** erfolgte eine erste Teilübergabe des Bezirksamtes.

Die Lage bezüglich der Behandlung des Schriftgutes stellt sich differenziert dar. Während in den ehemaligen Bezirksämtern **Magdeburg** und **Schwerin** mit der Vernichtung von ausgewähltem Material begonnen werden kann, wird z. B. in **Magdeburg** durch Bürgervertreter gleichzeitig die Offenbarung von Quellen gefordert.

Die in Vorbereitung der Übergabe des ehemaligen Bezirksamtes **Leipzig** vorgesehene Überführung des Schriftgutes in ein Objekt der Untersuchungshaftanstalt konnte nicht realisiert werden, da die Mitarbeiter des Staatsarchivs die Arbeit in dem Objekt ablehnten.

Am 4. 1. 1990 konstituiert sich in **Halle** eine Untersuchungskommission zur Sichtung der Unterlagen im ehemaligen Bezirksamt.

In **Frankfurt/Oder** haben sich Bürgervertreter von der bisher erzielten Übereinkunft zur weiteren Verfahrensweise mit den Akten zurückgezogen. Nach ihrer Vorstellung soll dazu ein Rechtsgutachten erstellt werden.

Noch keine Festlegungen zur Vernichtung von Akten gibt es in **Rostock**. Die Bürgerinitiativen fordern eine langfristige gesicherte Aufbewahrung der Unterlagen.

Die Übergabe von Waffen und Ausrüstungen an die DVP und die NVA wird weitergeführt.

In **Karl-Marx-Stadt** wurde die Überführung letzter Waffen vorbereitet.

In **Suhl** wurden die Waffen am 23. 12. 1989 durch die DVP in eine NVA-Dienststelle überführt. Es konnte eine exakte Übereinstimmung von Soll und Ist festgestellt werden.

In **Gera** mußte nach mehrfacher Prüfung der Möglichkeiten zur Unterbringung der Waffen festgelegt werden, daß die langen Waffen und Munition in den vorhandenen Waffenkammern des ehemaligen Bezirksamtes verschlossen und versiegelt werden und die persönlichen Waffen der Mitarbeiter in ihren Panzerschränken verbleiben.

3. Der grenzüberschreitende Reiseverkehr verlief ohne wesentliche Störungen.

Am 3. 1. 1990 reisten insgesamt 181.706 Bürger der DDR mit 35.062 Kfz nach Berlin-West bzw. in die BRD aus.

Nach Berlin-West 111.264 Personen mit 15.272 Kfz.

In die BRD 70.442 Personen mit 19.790 Kfz.

Im gleichen Zeitraum reisten 220.690 Bürger mit 61.531 Kfz aus der BRD und Berlin-West in die DDR sowie ihrer Hauptstadt ein.

Aus Berlin-West 60.225 Personen mit 13.659 Kfz.

Aus der BRD 160.465 Personen mit 47.872 Kfz.

4. Aus fast allen Bezirken wird über zum Teil sehr scharfe Proteste der Bevölkerung gegen die durch den Ministerrat am 7. 12. 1989 beschlossenen Maßnahmen zur Zahlung von Übergangsbeihilfen für ehemalige Mitarbeiter des MfS/ANS berichtet. Offensichtlich wurden die Reaktionen in dieser Breite und Aggressivität maßgeblich durch die Sendung "Kontraste" in der ARD am 2. 1. 1990 verursacht, die diesen Ministerratsbeschuß erstmalig der DDR-Bevölkerung bekannt machte. Teilweise richten sich die Proteste auch gegen Überbrückungsgelder für ehemalige Mitarbeiter des Staatsapparates insgesamt.

Mit großem Nachdruck wird

- hervorgehoben, daß durch diese Festlegung erneut Ungerechtigkeiten in den Arbeitskollektiven geschaffen werden;
- von der Regierung eine sofortige Rücknahme dieses Beschlusses gefordert.

In der Anlage sind dazu ausgewählte Beispiele dargestellt. Es muß damit gerechnet werden, daß sich diese Stimmung in der Bevölkerung weiter zuspitzt.

5. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes **Leipzig** berichtet über eine Beratung am "Runden Tisch". Dabei wurde u. a. vereinbart, daß
- an der Zusammenkunft mit der Delegation der Landesregierung Nordrhein-Westfalen alle Parteien und Gruppierungen des "Runden Tisches" mit jeweils 4 Vertretern teilnehmen;
 - der "Offene Brief" einer Gruppe des Neuen Forums aus dem Kreis Wurzen zur Ablehnung des Kernkraftwerkes IV im Bezirk Leipzig unterstützt und an den "Runden Tisch" Berlin sowie an die Regierung weitergeleitet wird;
 - an der Montags-Demonstration festgehalten wird, aber von den Gruppen und Parteien des "Runden Tisches" die bisher übliche Kundgebung nicht mehr initiiert und mitgetragen wird.

Von den Regierungsbeauftragten wurden folgende Probleme benannt die dringend zentral geklärt und beantwortet werden müßten:

1. Teilnahme der Regierungsbeauftragten an der Beratung des Vorsitzenden des Ministerrates mit den Vorsitzenden der Räte der Bezirke am 5. 1. 1990.

2. Genosse Goldmann, Schwerin

Gibt es zentrale Regelungen zu den Dokumenten der ehemaligen Bezirkseinsatzleitung?

Seitens der Bürgerinitiativen werden hierzu Fragen gestellt mit der Begründung, daß es Verbindungen Bezirksleitung SED-MfS-Staatsorgane gegeben habe.

3. Genosse Rentmeister, Rostock

Dringend benötigt wird Argumentationsmaterial zu

- Verfassungsschutz
 - . Ziele und Aufgaben
 - . Unterschied zum ehemaligen MfS
- Beschlüsse des Ministerrates zur sozialen Sicherstellung ehemaliger Angehöriger des Staatsapparates.
Wo gab es analoge Regelungen wie z. B. im Steinkohlenbergbau, im Mansfeldkombinat?

4. Genosse Kobus, Gera

Gibt es zentrale Entscheidungen über eine evtl. Verschrottung von Waffen des ehemaligen MfS oder der Kampfgruppen?

5. Genosse Riedel, Karl-Marx-Stadt

Es werden dringend Weisungen des MfNV und des MfIA benötigt, daß die Waffen des ehemaligen MfS von der NVA bzw. DVP übernommen werden. Bei Vorliegen entsprechender Weisungen kann die Übergabe ab 5. 1. 1990 erfolgen.

Seitens der NVA sind Mobilmachungsreserven (Kfz-Technik) im zivilen Bereich (vorwiegend im Verkehrswesen) untergestellt. Von den Arbeitern wird unter Streikandrohung der Abtransport dieser Technik in Armeeobjekte gefordert.

Weiter sollte geprüft werden, ob seitens der NVA evtl. eine Freigabe für zivile Verwendung erfolgen kann.

6. Genosse Schenk, Erfurt

Vom "Runden Tisch" ist geplant, am 17. 1. 1990 den Leiter der Staatskanzlei und zwei Staatssekretäre des Landes Hessen einzuladen, um über vorgesehene Hilfsmaßnahmen des Landes Hessen für Thüringen zu informieren.

An den Regierungsbeauftragten wurde die Bitte gerichtet, daß am 17. 1. 1990 vor dem Gespräch mit den Vertretern des Landes Hessen, Vertreter des Ministeriums für Außenwirtschaft und der Industrieministerien den "Runden Tisch" aus zentraler Sicht über den Stand der Verhandlungen mit der BRD informieren, speziell zu Problemen die den Bezirk Erfurt betreffen.

7. Genosse Rosentreter, Leipzig

Zu dem am 27. 12. 1989 übermittelten Antrag zur Bereitstellung von 10 Planstellen für das Staatsarchiv Leipzig für die Einlagerung und Verwaltung von Akten des ehemaligen MfS wird dringend eine Entscheidung benötigt.

8. Genosse Wikarski, Neubrandenburg

Das Bürgerkomitee fordert eine Beschlußfassung über die Herausgabe schriftlicher Bestätigungen für zu Unrecht politisch Verurteilte (auf deren Wunsch) sowie zur Schaffung gesetzlicher Regelungen für die Rehabilitation solcher Personen.

9. Genosse Neubert, Cottbus

- Eine Orientierung des Ministers für Maschinenbau an das Kombinat Maschinenbauhandel über die Verfahrensweise beim Verkauf von PKW des ehemaligen MfS ist erforderlich.
Der Maschinenbauhandel des Kreises Luckau lehnte es z. B. ab, einen PKW zu taxen, der an den Konsum verkauft werden soll. Es wird der Verkauf über den Maschinenbauhandel gefordert.
- Durch den Vorsitzenden des Rates des Kreises Guben wurde auf Probleme der sozialen Sicherheit künftig ausscheidender Ratsmitglieder im Zusammenhang mit dem Beschluß des Ministerrates vom 7. 12. 1989 hingewiesen.
- Eine zentrale Information über Struktur und Arbeitsweise des ehemaligen MfS und der neuen Organe wird dringend gefordert.